



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/105

2. September 1949

Aus Anlass des Empfanges der Saar-Regierung beim französischen Außenminister. Der Artikel stellt die wesentlichen sachlichen Gegebenheiten zusammen und scheint uns deshalb besonders wirksam. D.Red.

Der Wille des Saarvolkes Von einem besonderen Mitarbeiter im Saargebiet

Sowohl von französischer als auch von saarländischer Regierungsseite wird immer wieder behauptet, die Abtrennung des Saarlandes vom übrigen Deutschland sei die unvermeidliche Folge einer Willensäußerung des Saarvolkes. Diese Behauptung wurde vor allem in einer amtlichen Erklärung des französischen Außenministeriums vom 1. August in der Form wiederholt, dass das Saarstatut von der erdrückenden Mehrheit des Saarvolkes gebilligt worden sei. In der Presse des Saarlandes sind Äußerungen kritischer Art zu diesem Thema verboten. Das gerade zwingt zu klarer Stellungnahme, wo sie möglich ist.

Die Wahl zum saarländischen Landtag ist nicht als eine freie und unbeflügelte Willensäußerung des Saarvolkes anzusehen. Das Saarvolk hat unter Druck gehandelt. Es hat sich durch die Wahl der Abgeordneten, die nachher in der Präambel der Verfassung die politische Trennung der Saar von Deutschland beschlossen, in keiner Weise mit dem Inhalt dieser Bestimmung identifiziert. Wir vertreten mit Nachdruck die Meinung, dass der Wahl zum saarländischen Landtag nicht nachträglich der Charakter einer Volksbefragung über die staats- und völkerrechtliche Stellung des Saarlandes unterschoben werden kann. Und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Bestimmungen in der Präambel der Saarverfassung, die die politische Trennung von Deutschland und den Wirtschaftsanschluss

an Frankreich aussprechen, sind wortwörtlich aus den amtlichen französischen Noten und Memoranden abgeschrieben, die die französische Regierung bereits ein Jahr früher ihren Alliierten vorlegte. Diese Bestimmungen sind also nicht aus dem Willen des Saarvolkes geboren, sondern ihm aus Paris vorgelegt worden.

2. Der am 5. Oktober 1947 gewählte Landtag hatte mit der Verfassung nicht mehr zu tun, als sie in zwei (!!) Plenarsitzungen zu verabschieden. Die Verfassungskommission, die den Text der Verfassung ausarbeitete, bestand aus 20 Personen, die von der an dem Inhalt der Verfassung direkt interessierten französischen Militärregierung berufen worden waren. Die Hälfte der Kommissionsmitglieder bestand aus Anhängern der "Bewegung für den politischen Anschluss der Saar an Frankreich". Die Verfassungskommission tagte unter Vorsitz des jetzigen Ministerpräsidenten Hoffmann, an dessen separatistischer Gesinnung nicht zu zweifeln war. Die Kommission entschied mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmgleichheit entschied der Vorsitzende.

3. In die Spitzenstellungen aller Parteien (Kommunisten ausgenommen) wurden bekannte Mitglieder der "Bewegung für den politischen Anschluss der Saar an Frankreich" gebracht. Noch nach dem Schlusstermin für die Einreichung der Kandidatenliste wurden an ihnen Veränderungen vorgenommen. So wurde der Hauptvertreter der französischen Richtung in der sozialdemokratischen Partei, Schulte, der von den Funktionären seines Bezirkes einstimmig abgelehnt worden war, nachträglich auf die Liste des Kreises Saarlouis gesetzt.

4. DED meldete am 5. Oktober¹⁹⁴⁷ aus Koblenz, dass die Anhänger der "Bewegung für den politischen Anschluss der Saar an Frankreich" im Saarland die Drohung verbreiteten, Personen, die sich an der Wahl nicht beteiligen würden, hätten mit Vergeltungsmassnahmen zu rechnen. Die Entscheidung über die politische Trennung von Deutschland und über den Wirtschaftsanschluss an Frankreich erfolgte im saarländischen Landtag nicht in geheimer, sondern in offener Abstimmung. Zur Zeit der Wahl stand die Saar unter einem unverhüllten Auswei-

sungsdruck. Auch die ganz ungewöhnlich hohe Wahlbeteiligung von 96 Prozent findet hier ihre Erklärung.

5. Der Hohe Kommissar der französischen Republik hat auf die Wahl einen direkten Einfluss genommen. Er hat u.a. zahlreichen Abgeordneten des Landtages gesagt, er könne sich nur dann für den Umrechnungskurs 1 zu 20 bei der Währungsumstellung einsetzen, wenn die Präambel der Verfassung, die die politische Trennung von Deutschland ausspricht, mit grosser Mehrheit vom Landtag angenommen werde.

6. Die Frage der politischen Trennung von Deutschland und des Wirtschaftsanschlusses an Frankreich war dem Wähler bei der Landtagswahl keineswegs so gestellt, dass er darauf mit einem "Ja" oder "Nein" auf dem Stimmzettel hätte antworten können. Es wurden ihm nur die Kandidaten der altgewohnten politischen Parteien zur Wahl gestellt, wobei in den Wahlaufrufen von dem eigentlichen politischen Inhalt der Verfassung nicht die Rede war.

7. Wahlplakate und Presse standen unter französischer Vorzensur.

8. Die Zulassung der kommunistischen Partei kann nicht als die Zulassung einer echten Oppositionspartei erklärt werden. Es war und ist für die grosse Masse der überwiegend katholischen Wähler des Saarlandes aus Gewissensgründen unmöglich, der kommunistischen Partei ihre Stimme zu geben. Nach dem Exkommunikationsdekret des Heiligen Stuhles gegen die Kommunisten ist diese Frage besonders brennend.

9. Wenn die Wahl zum saarländischen Landtag eine echte Volksbefragung gewesen wäre, so hätte man den Wählern die Möglichkeit geben müssen, sich zu den verschiedenen, in der Verfassungspräambel zusammengepackten Grundsätzen einzeln zu äussern. Es wäre möglich gewesen, dass der Wirtschaftsanschluss an Frankreich eine Mehrheit gefunden hätte, wogegen es so gut wie sicher ist, dass die politische Trennung vom übrigen Deutschland abgelehnt worden wäre.

10. Der Text des Entwurfes war den Wählern am Wahltag nur in verschwindenden Ausnahmefällen bekannt. Er wurde nicht durch die Presse veröffentlicht. Der sozialdemokratischen "Volksstimme" wurde er ausdrücklich durch den Zensor aus dem Text gestrichen. Der Bestimmung, dass er durch Maueranschlag bekannt gemacht werden solle, wurde nicht entsprochen. Die Regierung druckte 150.000 Texte, die in den Bürgermeistereien von Interessenten abgeholt werden konnten. In vielen Landgemeinden sind diese Broschüren nie eingegangen. In den Buchhandlungen war der Text der Verfassung nicht zu kaufen. Selbst in Saarbrücken wussten nur wenige Wähler, dass der Verfassungstext auf dem Rathaus ausgegeben wurde. Noch weniger haben davon Gebrauch gemacht.

11. Den Wählern war durch eine intensive, nach französischer Anweisung arbeitenden Pressepropaganda beigebracht worden, die deutsche Wirtschaft und das deutsche Staatswesen seien endgültig zusammengebrochen, und das Saarvolk müsse sich, wenn es überleben wolle, in die französische Wohlstandssphäre retten. Bereits ein Jahr vor der Landtagswahl war die Einfuhr von Zeitungen aus dem übrigen Deutschland, auch aus der französischen Besatzungszone, verboten. Reisen nach Deutschland und Besuche aus Deutschland waren völlig unterbunden. Die Wähler hatten nicht die geringste Möglichkeit, sich über die wirklichen Verhältnisse in Deutschland zu unterrichten.

12. Von allen Ländern der französischen Besatzungszone wurde nur im Saarland die Verfassung nicht durch eine direkte Volksentscheidung, sondern indirekt durch den Landtag beschlossen. Die Bezirksdelegierten der sozialdemokratischen Partei des Saarlandes hatten mit 19 gegen drei Stimmen beschlossen, die Verfassung müsse zum Gegenstand einer direkten Volksbefragung gemacht werden. Hierauf erklärte der französische Hohe Kommissar führenden Parteimitgliedern in einer Audienz, er werde sich mit aller Macht der Durchführung dieses Beschlusses widersetzen. Er verlange die endgültige Verabschiedung der Verfassung durch den Landtag. Wenn die Verfassung zum Gegen-

stand einer direkten Volksbefragung gemacht werde, so sei es für den Bischof von Trier ein Leichtes, durch seine Geistlichen die katholische Wählerschaft gegen die Präambel der Verfassung zu mobilisieren.

Die unleugbare Tatsache, dass der Hohe Kommissar, Herr Grandval, selbst, die direkte Volksbefragung über die Abtrennung der Saar von Deutschland verhindert hat, sollte es ihm heute verbieten, dem Separationsbeschluss des von ihm selbst kreierten Landtags den Charakter einer freien Meinungsäußerung des Saarvolks zu unterschieben.

(b/B.67/29/1/hs)

Amerika und die Vertriebenen

Von Wenzel Jaksch

Der Besuch eines Sonderausschusses des amerikanischen Kongresses in Deutschland zum Studium des Problems der vertriebenen Deutschen ist sehr zu begrüßen. Man hat in USA bisher das Riesenproblem von zwölf Millionen entwurzelten Menschen deutscher Volkzugehörigkeit leider zu wenig beachtet. Der Bericht des Kongress-Ausschusses könnte da Wandel schaffen, wenn sich seine Nachforschungen nicht im Dschungel von Details verlieren.

Die einfachste Antwort auf das deutsche Flüchtlingsproblem ist natürlich zu sagen: "Die Austreibungsbeschlüsse von Potsdam müssen revidiert werden". Dies ist auch der Standpunkt der SED. Es ist eine Sache der wirtschaftlichen und sozialen Vernunft, dass in Restdeutschland nicht dauernd 197 Menschen auf den Quadratkilometer zusammengepfercht bleiben können, während in den benachbarten Austreibungsgebieten Schlesiens, Pommerns und des Sudetenlandes ausgesprochene bevölkerungspolitische Hohlräume mit 40 bis 50 Einwohnern pro Quadratkilometer existieren. Die Berufung auf das Heimatrecht der Vertriebenen ist die einhellige historische Antwort der deutschen Politik auf die Massenaustreibungen. Sie schafft aber keine Lösungen für

die nächsten Jahre.

Beläst man die Massen der Vertriebenen in ihrer heutigen Lage, dann werden sie politischer Sprengstoff sein. Die aus Kleinasien vertriebenen Griechen bildeten nach 25 Jahren noch neben der altgriechischen Bevölkerung eine Sonderkategorie der "Flüchtlinge". Anlässlich des kommunistischen Aufstandes in Griechenland wies die "Times" darauf hin, dass die Notstandsquartiere der kleinasiatischen "Flüchtlinge" in den Vororten von Athen die ergiebigsten Rekrutierungszentren der Kommunisten waren. In Westdeutschland hat bei der letzten Wahl der Rechtsradikalismus den ersten Versuch gemacht, aus der Verzweiflung der Vertriebenen Profit zu schlagen. Diese Anfänge können morgen in eine breite nationalbolschewistische Bewegung münden.

Es hiesse jedoch das Urteilsvermögen der amerikanischen Gäste unterschätzen, wollte man ihr Interesse an den deutschen Flüchtlingen mit dem Nazi- oder Bolschewistenschreck steigern. Was not tut, ist, dass die breite Öffentlichkeit in den Vereinigten Staaten der menschlichen und der sozialen Seite des Problems ihre Aufmerksamkeit zuwendet. Darum kann der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Flüchtlingselend in Westdeutschland nicht entschieden genug betont werden.

Wer die westdeutsche Entwicklung bisher durch die Brille des 'Erhardt'schen Optimismus' gesehen hat, der geht an der Tatsache vorbei, dass für Millionen von Vertriebenen bisher auf der Rettungsinsel des wirtschaftlichen "Aufschwunges" kein Platz war und dass sie bei steigender Produktion immer tiefer im Elend versinken. Wir behaupten nicht, dass eine zufriedenstellende Eingliederung von sieben Millionen Neubürgern in Westdeutschland möglich wäre. Mehr als ein erträgliches Provisorium wird hier in den nächsten Jahren nicht zu erreichen sein. Das bedeutet, dass dem wirtschaftlichen Wiederaufbau in Westdeutschland eine internationale Priorität gegeben werden sollte und dass dabei die aktive Einschaltung der Heimatvertriebenen sichergestellt werden muss. Dies gilt in erster Linie

für den Wiederaufbau der Städte und des ganzen Wohnungswesens, für die Entwicklung neuer Konsumgüter- und Exportindustrien, für die beschleunigte Wiederaufforstung und für wasserwirtschaftliche Massnahmen gegen die Versteppungsgefahren. Was immer auf diesen Gebieten investiert wird, wird produktiver angelegt sein, als die Kosten einer grossen Auswanderungsaktion, deren Resultate erst nach Jahren fühlbar wären und die das so schwer zerstörte Deutschland noch wertvoller Arbeitskräfte berauben würde.

Die heutige Hoffnungslosigkeit der Vertriebenen ist in Tausenden entlegener Dörfer zwischen dem Bayerwald und Schleswig-Holstein versteckt. In der Zusammenschau dieses Millionenschicksals stellt es ebenso sehr eine einzigartige Bewährungsmöglichkeit menschlicher Solidarität dar wie eine tödliche Gefahr für die demokratische Stabilisierung Westeuropas. Soll Westdeutschland gegenüber dem Osten magnetisiert werden, dann müssen uns die menschlich und sozial gesinnten Amerikaner vor allem helfen, die produktiven Qualitäten dieser Millionen entwurzelter Menschen zu retten, und zwar über die Finanzierung eines westdeutschen Aufbauprogramms unter diesen Gesichtspunkten.

- - - - -

USA-Versuche mit der Bakterien-Bombe. (sp.) Im Camp Detrich in den USA fanden erste Versuche mit der neuesten amerikanischen Geheimwaffe, der sogenannten "Bakterien-Bombe", statt, über die der Londoner "Daily Express" interessante Einzelheiten zu berichten weiss. Die Bombe besteht aus mehreren, etwa zwei kg schweren Kanistern, die in Traubenform miteinander verbunden sind. Jeder Kanister enthält einen Eibecker voll konzentrierter Bakterien-Kulturen. Die Bombe wird vom Flugzeug aus grosser Höhe abgeworfen. Jeder einzelne Kanister explodiert unmittelbar über dem Boden. Bei der Explosion bleibt ungefähr ein Zehntel der Bakterien unbeschädigt, wie bei Experimenten in Utah festgestellt wurde. USA-Bakteriologen kamen zu dem Ergebnis, dass eine Vier-Tonnen-Bombe genügen würde, um ein Schlachtfeld von einer Quadratmeile und ungefähr die Hälfte der auf diesem Gebiet eingesetzten Soldaten zu infizieren. Über einer Stadt abgeworfen, würde eine Vier-Tonnen-Bombe ein Gebiet von 1/2 Quadratmeile verpesten und etwa 1000 Personen anstecken. Nach den bisherigen Versuchen ist der Einsatz der Bombe jedoch nur in beschränktem Masse möglich. Ihre Wirkung sei keineswegs sicher, die Auslösung von Epidemien durch sie sei unmöglich und schliesslich liessen sich jederzeit wirksame Gegenmittel in grossen Mengen herstellen.

Die USA-Armee-Chefs sind aufgrund der Versuche zu der Überzeugung gelangt, dass nur Bakterien, die keine Epidemie auslösen, strategischen Wert im Kriegsfall hätten. Die Bakterien-Bombe sei lediglich als mächtiges Abschreckungsmittel zu werten und stelle keine Super-Waffe dar, durch die ein Krieg sozusagen über Nacht entschieden werden könne.

(b/B.42/29/hs)

- - - - -